



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 16.02.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Auswirkungen der Coronapandemie** - **mündlicher Bericht zum aktuellen Stand**

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. EBMin Schmetz prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Digital zugeschaltet ist Stadträtin Shoaleh. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt.

EBMin **Schmetz** ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Es erfolgt ein Bericht zum aktuellen Stand der Auswirkungen der Coronapandemie durch EBMin **Schmetz**, dem **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie und einer **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung (Leiterin der Geschäftsstelle Corona Krisenstab) anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** lobt die PCR Teststelle am Pavillon und den zügigen Erhalt des Testergebnisses. Die Impfkationen sollten besser angenommen werden. Sie fragt nach dem Anteil der Geimpften bei der Belegschaft der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes sowie nach der Impfquote in der Stadt.

Während der regulären Arbeit mussten Neuregelungen schnell umgesetzt werden, merkt Stadträtin **Dr. Traub** an und lobt die Stabsarbeit. Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt und die Vielzahl der Aktionen sei sehr gut. Verwirrend sei teilweise die Teststrategie gewesen und sie lobt den Ausbau der PCR Kapazität. Die weiteren Auswirkungen der Pandemie, wie der Effekt auf die Psyche und die Familien, sollten ebenso beleuchtet werden. Eine Ideensammlung könne sie sich im Rahmen einer Klausurtagung vorstellen.

Stadträtin **Moersch** lobt die Verwaltung ebenso und dankt für das Geleistete. Europaweit hoffe man auf ein Ende der Krise. Unter anderem Familien, Kinder und ältere Menschen sowie der Einzelhandel müssen begleitet und unterstützt werden. Jedoch fehlen bedauerlicherweise die finanziellen Mittel.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** schließt sich dem Lob an. Der Krisenstab habe gut vermittelt und besonnen gehandelt. Manche Maßnahmen der Gesetzgebung und die schnellen Änderungen haben die Bevölkerung verunsichert. In der Maskenpflicht sieht er einen großen Schutz. Die

Impfangebote seien gut und ausreichend.

Die Impfangebote seien gut, meint auch Stadtrat **Haag** und dankt für die gute Arbeit im Krisenstab. Er geht auf den Brandbrief von LUIS an das Land ein. Er wünscht sich einen Lernprozess für die Zukunft beim Land.

Stadträtin **Wiedmann** fragt nach den unterschiedlichen Umsetzungen der Quarantänezeit in den Kitas anderer Träger und fragt, ob ein Austausch stattfindet.

EBMin **Schmetz** geht auf die Impfkation und die hohe Quote bei der Feuerwehr ein und dankt für die Privatinitiative eines Feuerwehrmannes. Impfkationen für Menschen mit Sprachbarrieren seien organisatorisch aufwendig. Die derzeitige Struktur werde aufrechterhalten. Hier stehe man in Verbindung mit anderen Organisationen, unter anderem mit Religionsgemeinschaften. Zu den Auswirkungen der Pandemie im Einzelhandel, bei der Situation der Mitarbeiter, der Sportvereine, der Kulturorganisationen sowie dem Förderprogramm „mit Power aus der Pandemie“ und weiteren sei bisher vieles beschlossen und beraten worden. Eine längere Vorlaufzeit der Verordnungen für die Umsetzung wäre wünschenswert gewesen. Sie wünscht sich eine Exit Strategie des Landes und des Bundes, sowohl für das System Schule, Soziales und die täglichen Begegnungen wie auch Motivation und Visionen. Den Menschen fehlen Begegnungen. Die Lockerungen stünden aber immer unter dem Vorbehalt, dass sich nicht wieder gefährlichere Varianten des Coronavirus verbreiten.

Angespannt bleibt die Situation in den Bildungseinrichtungen, so der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Die Coronapandemie verschärfe den Fachkräftemangel und die jahreszeitlich bedingten Krankheitsausfälle in Schulen und Kitas, unabhängig des Trägers. In einem Brief an alle Eltern möchte die Stadt auf die angespannte Situation hinweisen und erklären, warum in vielen Kitas Gruppen geschlossen oder Öffnungszeiten reduziert werden müssen. Nach den Faschingsferien hofft er auf eine spürbare Entlastung. Auf der Trägerebene gebe es einen intensiven Austausch. Die Umsetzung der Teststrategie liege in der Verantwortung des Trägers. Man versuche möglichst einheitlich zu agieren.

Beschlussvorschlag:

Die August-Lämmle-Schule in Oßweil wird zum Schuljahr 2022/23 umbenannt. Als neuer Name der Schule wird „Grundschule Oßweil“ festgelegt, die Umbenennung ist gültig ab 01.08.2022.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** und der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie gehen auf die Beweggründe zur Vorlage und die vorliegenden Anträge der CDU (Nr. 064/22) und DIE LINKE (Nr. 072/22) sowie die Stellungnahmen des Stadtteilausschusses, des Jugendgemeinderates, der Schulkonferenz und des Integrationsrates ein.

Die Verwaltung schlägt vor, den Namen neutral in Grundschule Oßweil zu ändern. Man wünsche sich Ruhe für die Schulgemeinschaft, sagt der **Fachbereichsleiter** Bildung und Familie. Die Diskussion flamme sonst immer wieder auf.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Mit dem Vorschlag zur Beibehaltung des Kürzels ALSO kann die Verwaltung nicht mitgehen. Eine Bürgerbefragung koste rund 10.000, -- Euro. Als Basis diene eine frühere Befragung in Neckarweihingen. Es müsse für die Befragung eine konkrete Formulierung gefunden werden, die mit Ja oder Nein zu beantworten sei.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** plädiert für eine Umbenennung. Sie will dennoch richtigstellen, dass ihre Fraktion diese nicht vorangetrieben habe. Vermutlich basiere dies auf den früheren Anträgen der Grünen-Fraktion zu Straßenumbenennungen. Ein Journalist habe weiterrecherchiert und belastete Namen ausgemacht. Dazu gehöre auch August Lämmle. Sie dankt für diese Recherche und dankt auch für die Podiumsdiskussion im Forum. Andere Städte haben diesen Aufwand so nicht betrieben. Den Antrag der CDU finde sie unpassend und mit hohen Kosten verbunden. Zudem habe man sich nach einer Abfrage gegen eine Befragung ausgesprochen. Sie geht in ihren weiteren Ausführungen auf die Geschichte und die Person August Lämmle, auch seine Rolle während der Nazidiktatur, ein. Ihre Fraktion könne August Lämmle nicht als Namensgeber behalten. „Er könne nichts mehr für uns und die nächsten Generationen tun, denn er hat sich schuldig gemacht und ist kein Beispiel, dem junge Menschen folgen sollten“, so Steinwand-Hebenstreit. „Will eine moderne Stadt August Lämmle wirklich weiter ehren, als wäre nichts geschehen?“, fragt sie sich. Sie geht weiter auf das Thema Eingemeindung Oßweils ein. Dies sei offensichtlich nicht reibungslos verlaufen. Oßweil gehöre zu Ludwigsburg. Das Dorf gebe es nur noch in den Erzählungen, Gedichten und Liedern von Lämmle. Dies dürfe von dessen Anhängerschaft gerne weiterhin gelesen und besprochen werden. Einer Beibehaltung des Logos könne sie nicht zustimmen. Hier werde versteckt der Name weitergeführt.

Es gebe im Stadtteil eine hohe Identifikation mit der Person August Lämmle und seinen Verdiensten, merkt Stadtrat **Meyer** an. Er dankt für die durchgeführten Veranstaltungen. Der Erhalt von Mundart, Heimatverbundenheit und dem Schwäbischen interessiere die Bevölkerung. Er geht auf die Person August Lämmle ein und wirbt dafür, die Wertung Lämmles nicht nur auf die Zeit im Dritten Reich zu beschränken. Lämmle war ein Kind seiner Zeit und voller Widersprüche, so Stadtrat Meyer. Man kann Geschichte nicht tilgen oder zum Schweigen bringen. Stattdessen sollte

man sich mit ihr auseinandersetzen. Lämmle sei eine Person, aus deren Geschichte man lernen könne, auch wenn es um Fehlbarkeit und Versuchungen gehe und nicht nur einen kleinen Teil aus seinem Leben zu nehmen und einseitig betrachten, sondern alle Facetten einbeziehen. Später habe Lämmle seine Verfehlungen bedauert und sich deutlich davon distanziert. Menschliche Fehlbarkeit und Versuchungen sollen erkannt und Schlüsse daraus gezogen werden. Weiter geht er auf die örtliche Verbundenheit und Identifikation im Stadtteil ein. Man diskutiere heute nicht eine Namensgebung, sondern eine Umbenennung. Mit Sorgfalt sei damals die Entscheidung zur Namensgebung getroffen worden. Aus heutiger Sicht solle man nicht, ohne Geschichtskennntnisse, über andere ein Urteil fällen. Er geht auf den Antrag seiner Fraktion zur informellen Befragung ein. Der Stadtteil solle einbezogen werden. Ludwigsburg stehe für Bürgerbeteiligung. Über den Antrag solle der Gemeinderat am kommenden Mittwoch entscheiden. Die Aussprache im Ausschuss heute sei dennoch wichtig und nützlich. Der Grünen-Fraktion und der SPD-Fraktion, die sich gegen eine Bürgerbefragung ausgesprochen haben, wirft er vor, nur dann für Bürgerbeteiligung zu sein, wenn diese in ihrem Sinne sei. Bereits in der Stadtteilausschusssitzung sei die Anfrage auf eine Bürgerbeteiligung gestellt worden. Dankbar wäre er, wenn sich die Schulen mit den jeweiligen Namensgebern beschäftigen.

Man müsse sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen, so Stadtrat **Dengel**. Das gehe nicht, wenn Namen ausradiert werden. Es gehe nicht darum, Naziverbrechen klein zu reden. August Lämmle war ein Mitläufer wie viele Millionen Deutsche dieser Zeit. Es sei wichtig zu erfahren, wie es dazu kommen konnte, dass so viele Menschen die Gefahr des Regimes verkannten. Gerade heute, wo Rechtsradikale unter den Coronaleugnern geduldet werden, sei das wichtiger denn je. Er sieht hierin aktuell eine große Gefahr. Eine Auseinandersetzung hierzu sei sinnvoller und wichtiger als die Diskussion um Lämmle. Niemand wisse, wie er selbst in dieser Zeit reagiert hätte, so Stadtrat Dengel. Daher hätten wir Nachgeborenen auch nicht das Recht, über die damaligen Zeitgenossen zu urteilen. Jeder im Rund möge zudem die Vergangenheit seiner eigenen Familie betrachten. Die Entscheidung zur Umbenennung solle den Bürgern Oßweils und der Schule selbst überlassen werden. Er regt einen QR Code an der Schule mit Lämmles Biografie an.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** geht auf die langen Ausführungen der Vorredner ein. Mit Verfehlungen in dieser vergangenen Zeit seien sicherlich viele Familien belastet. Als Namensgeber einer Grundschule nehme man eine Vorbild- und öffentliche Funktion ein. Eine politische Auseinandersetzung in einer Grundschule sei schwierig. Verwundert zeigt er sich über den Antrag der CDU zur Bürgerbefragung und sieht diesen als verfehlt an, auch weil darin steht, dass das Ergebnis in die Entscheidung lediglich einfließen könne. Das sei pseudodemokratisch, meint er und spricht sich gegen eine Befragung aus. Die Entscheidung trage der Gemeinderat. Man wolle keine Spaltung in der Bürgerschaft und Schulgemeinschaft. Als Ludwigsburger Schule müssten alle Bürger einbezogen werden, nicht nur der Stadtteil. Er geht auf die Kosten einer Befragung ein. Er stehe grundsätzlich zu einer Bürgerbefragung, jedoch am richtigen Ort, Stelle und Relevanz für die Bevölkerung. Viele Aufgaben und Projekte können aufgrund der aktuellen finanziellen Lage nicht durchgeführt werden, merkt er weiter an. Seine Fraktion will vor allem Ruhe in die Schule und den Stadtteil bringen. Vielleicht trage die Schule schon viel zu lange diesen Namen, fragt er sich. Die Schule selbst äußert sich zur Umbenennung neutral. Weiter geht er auf den Antrag Die LINKE ein. Das Logo habe keine weitreichende Strahlkraft in Ludwigsburg. Seine Fraktion unterstützt den Verwaltungsvorschlag mit einem neutralen Namen. Er kritisiert die heutige Diskussionslänge und bemängelt die fehlende Beschlussempfehlung an den Gemeinderat.

Stadtrat **Haag** wünscht eine aktive Auseinandersetzung mit Lämmle und die Aufarbeitung der Geschichte. Er geht auf die Person Lämmle ein. Seine Werke sollen gewürdigt werden. Aus heutiger Sicht könne man Kritik üben. Man müsse eine Abwägung vornehmen. Die Fakten waren bereits bei der Namensgebung bekannt. Er kritisiert die Haltung der Grünen-Fraktion zur

Bürgerbefragung. Diese löse keine Spaltung der Bürgerschaft aus und er unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion. Eine Orientierung an einer Abkürzung solle nicht ausschlaggebend für die Debatte sein, so seine Meinung zum Antrag von DIE LINKE. Die Debatte sei im Stadtteil lebendig und die Bürger sollen mitgenommen werden. Fraglich sei jedoch die Abgrenzung der Beteiligten. Die Schule sei durch die Coronasituation und den Lehrermangel vor viel größere Probleme gestellt.

August Lämmle müsse im historischen Kontext gesehen werden, so Stadträtin **Schmidt** und eine Umbenennung sei unstrittig. Die Verantwortung für die Entscheidung müsse der Gemeinderat tragen. Sie beantragt, die Schule nach der Kinderbuchautorin Astrid Lindgren zu benennen. Kinder hätten zu ihr einen Bezug und so könne die in gebräuchliche Abkürzung „ALSO“ bleiben. Sie sei für eine Auseinandersetzung mit der Person August Lämmle, jedoch nicht an einer Grundschule. Sie plädiert für eine heutige Beschlussempfehlung und kritisiert das Vorgehen zur Abstimmung über den Antrag der CDU- Fraktion.

Stadträtin **Shoaleh** schließt sich hinsichtlich der Bürgerbefragung dem Redebeitrag von Stadtrat Prof. von Stackelberg an. Hierzu müsse der Aufwand und die Kosten abgeschätzt werden. Die Eltern seien verärgert, da es derzeit an der Schule wichtigere Themen und Problemen gebe. Dennoch müsse der Gemeinderat seinen Pflichten nachkommen und eine Lösung zu diesem gesellschaftlichen, politischen Thema finden und dies kann nicht den Bürgern übertragen werden.

Nach dieser kontrovers geführten Debatte stellt EBMin **Schmetz** fest, dass heute keine Abstimmung erfolgt, nachdem der Antrag der CDU im Gemeinderat abgestimmt werden soll und dieser Auswirkungen auf den weiteren Antrag und die Verwaltungsvorlage habe. Die Abstimmung über den Antrag der CDU, den Antrag DIE LINKE und die Beschlussvorlage soll in der kommenden Gemeinderatssitzung stattfinden.

abgelehnter Beschlussvorschlag:

Ab dem Schuljahr 2022/23 werden die Elternbeiträge in der Schulkindbetreuung einschließlich Ferienbetreuung jährlich entsprechend der Steigerungsrate der gemeinsamen Empfehlungen der Kirchen und der kommunalen Landesverbände prozentual fortgeschrieben. Die Elternbeiträge werden auf volle Euro aufgerundet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Die Ablehnung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein. Die Kinderbetreuungsgebühren werden in der Kommission beraten. Die heutige Entscheidung gebe den Eltern Planungssicherheit für die Grundschulanmeldung im März. Mit einer Nullrunde waren die Elternbeiträge seit der Saison 2020/21 nicht mehr erhöht worden. Der Rhythmus für die Kindergartengebühr und die Schulkindbetreuung solle künftig synchron laufen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein. Man orientiere sich an den Landesrichtsätzen und an dem künftigen Vorgehen zur Kitagebühr. Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation sowie der steigenden Sach- und Personalkosten schlage er eine Erhöhung vor.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** ist generell gegen eine Erhöhung, zudem nicht an allen Grundschulen der Ganztags angeboten werde. Der flächendeckende Ausbau werde gewünscht. Angesichts der angespannten Haushaltssituation und dem Wissen, dass die Verwaltung sich um einen Ausbau bemühe, werde ihre Fraktion dem Verwaltungsvorschlag folgen. Die Gebühren dem Konzept der Kitagebühren anzupassen sei zielführend.

Die Kommission sei involviert, so Stadtrat **Meyer** und er signalisiert seine Zustimmung. Für den Ausbau brauche man städtische Mittel. Sonderregelungen aus der Kommission, wie eine zusätzliche soziale Komponente, können entsprechend übertragen werden.

Ihre Fraktion werde unterschiedlich abstimmen, merkt Stadträtin **Moersch** an. Sie selbst wird der Vorlage nicht zustimmen. In der jetzigen Zeit sei eine Erhöhung unverständlich. Eltern leisten derzeit viel für die Gesellschaft und sollten mehr entlastet werden.

Eine verlässliche Betreuung sei wichtig, dies habe man während der Pandemie erkannt, meint Stadträtin **Metzger**. Jedoch seien die Familien derzeit deutlich mehr belastet und haben weniger vom Einkommen übrig. Ihre Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen. Die Kommissionsergebnisse sollen abgewartet werden.

Die Zeit sei ungünstig, so Stadtrat **Haag**. Durch neue Landeszuschüsse nehme die Stadt

500.000.-- Euro mehr ein. Er fragt, ob diese im Haushalt schon eingespeist seien.

Stadträtin **Schmidt** will die Ergebnisse der Kommission abwarten. Eine Mehrbelastung für die Familien zum jetzigen Zeitpunkt sei ein falsches Zeichen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die offenen Fragen ein. 500.000, -- Euro seien im Haushalt berücksichtigt. Die anteiligen Mehreinnahmen für 2022 betragen 12.700, -- Euro. Diese seien nicht im Haushalt berücksichtigt. Ab 2023 liege der Betrag bei rund 35.000, -- Euro. Er geht auf die unterschiedlichen Haushaltsansätze und die Refinanzierung durch das Land ein. Hier sei eine deutliche Trennung zwischen Schul- und Kitabetreuung nicht möglich.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 4**Strukturierte Beteiligung von Kindern in Ludwigsburg
- Vorstellung des Konzepts
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Das Konzept zur strukturierten Beteiligung von Kindern wird von **Mitarbeitern** des Fachbereiches Bildung und Familie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vorgestellt. Das Partizipationskonzept beinhalte 3 Säulen, den Jugendgemeinderat, die offene Beteiligungsform und die projektorientierte Beteiligungsform. Man wolle eine kontinuierliche Plattform zur Beteiligung von Kindern schaffen. In Kooperation mit den Schulen können die Anliegen und Bedürfnisse gut erfasst und in einer stadtweiten Veranstaltung, wie dem Kindergipfel, gebündelt und an die Verwaltung weitergegeben werden. In der Abteilung habe sich eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe gegründet und weitere Akteure der Kinder- und Jugendarbeit sind beteiligt worden. Die Idee des Konzepts sei mit den Schulleitern besprochen worden.

EBMin **Schmetz** dankt allen Beteiligten und eröffnet die Aussprache. Man wolle die Partizipation erhöhen. Erstmals gibt das Format auch Grundschulkindern den Raum sich an Prozessen zu beteiligen. Die älteren Kinder hätten dazu im Jugendgemeinderat eine Plattform,

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** lobt das Konzept und erkennt eine Art Zukunftskonferenz. Sie fragt, ob vorab eine Begehung stattfinde. Auf die Ergebnisse müssen auch Taten folgen. Weiter geht sie auf ein sicheres Umfeld für Kinder ein. Hier spielen Parkplätze und Autos eine große Rolle.

Stadträtin **Dr. Traub** lobt das Konzept als sehr gelungen und ansprechend sowie dass es nicht nur bei dem Platz der Kinderrechte bleibe. Kindern stehe nach der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Partizipation zu. In der Gegenwart müsse Zukunft gestaltet werden. Die Arbeitsblätter

seien kindgerecht und informativ. Der Kindergipfel sei sehr interessant. Hier erkenne man Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Handlungsbedarf in den Stadtteilen. Kinderbeteiligung solle den Dialog der Generationen anregen. Die Kinder sollen ernstgenommen werden.

Stadträtin **Moersch** lobt ebenso das gelungene Konzept. Die Entwicklung des Jugendgemeinderates sei sehr gut und die Beteiligung wichtig. Dieser sei die Verbindung zwischen den Kindern und den Erwachsenen. Kinder seien nicht nur leicht zu motivieren, sondern auch leicht zu enttäuschen. Man solle nicht zu hohe Erwartungen wecken und mit viel Fingerspitzengefühl herangehen.

Demokratie müsse man lernen und verstehen, so Stadträtin **Metzger** und dankt für die Präsentation. Sie fragt, ob das Projekt auch auf andere Altersgruppen ausgeweitet werden könne.

Stadtrat **Haag** lobt ebenso das Konzept mit einem niederschweligen Zugang und freut sich auf die Ergebnisse. Manche Fragen benötigen Begleitung, meint er.

Stadträtin **Schmidt** lobt das großartige Projekt und das gelungene Konzept.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die offenen Fragen ein. Stadtteilerforschung sei in Klasse 3 im Lehrplan vorgesehen. Die Klasse erlebe den Stadtteil und sei gemeinsam unterwegs. Das Projekt lässt sich künftig mit anderen Beteiligungsformen verknüpfen und biete einen generationenübergreifenden Dialog.

Der Jugendgemeinderat sei involviert und erhalte die Ergebnisse, so ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Er geht weiter auf den Dialog der Generationen ein.

EBMin **Schmetz** dankt für die positiven Rückmeldungen und spricht ihren Dank an alle Beteiligten aus. Für die Betriebserlaubnis einer Kita sei die Gestaltung eines Demokratiekonzeptes verpflichtend. Die Ergebnisse werden dem Gremium vorgestellt.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 2022 ermächtigt, ein Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug (HLF 20) für die Abteilungen der Innenstadt der Feuerwehr Ludwigsburg, zu beschaffen. Das derzeitige HLF 1/46 wird zukünftig in der Abteilung Hoheneck stationiert.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, das wirtschaftlichste Angebot in Zusammenarbeit mit der Zentralen Vergabestelle zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Feuerwehr und Bevölkerungsschutz geht auf die Vorlage ein. Die Lieferzeit betrage 96 Wochen. Die Finanzierung sei gesichert. Das Fahrzeug sei bereits 34 Jahre alt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Üblicherweise tausche man Fahrzeuge nach 25 bis 30 Jahren aus.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt nach dem künftigen Verbleib des ausrangierten Fahrzeuges. Zudem fragt sie nach dem aktuellen Stand bei der Feuerwehr, insbesondere zur Kommandantensuche und den Entwicklungsprozessen.

Stadtrat **Dengel** stimmt der Vorlage gerne zu. Er bittet um Absprache mit den umliegenden Feuerwehren zu Spezialgeräten und um Vermeidung von Doppelanschaffungen. Er wünscht diesbezüglich nähere Informationen.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** fragt, ob die Beschaffung eine Auswirkung auf den Feuerwehrbedarfsplan habe.

Der **Leiter** des Fachbereiches nimmt die Frage zum Verbleib des ausrangierten Fahrzeuges mit. Er geht weiter auf das spannende Aufgabengebiet ein. Man konnte bisher viel erreichen und auf den Weg bringen. Seine Tätigkeit endet im März diesen Jahres.

EBMin **Schmetz** lässt nach dieser kurzen Aussprache über die Vorlage abstimmen. Es handle sich um eine klassische Ersatzbeschaffung. Eine Aufteilung der Spezialisierung innerhalb der Feuerwehren gebe es bereits und hierüber könne demnächst berichtet werden. Nach Ostern gebe es erste Hinweise zur Personalsuche und werde im Ausschuss beraten.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.